

Die neuen Entwaffnungsforderungen.

Die Entwaffnungsnote der Pariser Konferenz.

Die deutsche Regierung veröffentlicht die beiden Anlagen zu der neuesten Ententenote. Die erste Anlage teilt die Entscheidungen der Alliierten über die endgültige Entwaffnung Deutschlands mit. Das neue Reichswehrgebot muß, soweit es die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht anordnet, bis zum 15. März 1921 verabschiedet sein. Die überzähligen Offiziere und Angestellten der Reichswehr sind bis zum 15. April zu entlassen. Ferner wird die völlige Entwaffnung der Zivilbevölkerung verlangt. Die Festungen Küstrin und Böhmen-Mähren erhalten keinerlei Geschützausstattung, die Festung Königsberg behält nur 22 schwere Geschütze. Die Seebefestigungen dürfen nur mit 420 Geschützen ausgerüstet sein, anstatt mit den von Deutschland geforderten 1086 Geschützen. Diese Maßnahmen müssen bis zum 28. Februar durchgeführt sein.

Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen.

An der Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen halten die Alliierten grundsätzlich fest. Die gesetzlichen Vorschriften, die die Auflösung aller Selbstschutzorganisationen anordnen und deren Wiedererrichtung unter Strafandrohung verbieten, müssen bis zum 15. März 1921 veröffentlicht sein. Die Auflösung aller dieser Organisationen hat so schnell als möglich zu erfolgen und muß spätestens am 30. Juni beendet sein. Sämtliche schweren Waffen und zwei Drittel der Handwaffen dieser Organisationen im ganzen Reich, einschließlich der Munition, sind bis zum 31. März abzuliefern, der Rest der Waffen und Munition ist bis zum 30. Juni abzuliefern.

Die Sicherheitspolizei muß den Charakter einer örtlichen Organisation wahren und darf auf keiner Stufe und in keiner Weise eine zentrale Organisation und keine stärkere Verwaltung haben, als sie von der Interalliierten Militärischen Kontrollkommission festgesetzt ist. Die Gesamtheit der deutschen Polizeikräfte darf die Stärke von 150 000 Mann nicht überschreiten.

Bestimmungen über die Marine.

Sämtliche von der Marinakontrollkommission geforderten Schriftsätze müssen bis zum 28. Februar übergeben werden. Bis zum 30. April 1921 ist die Desarmierung aller in Reserve gestellten Schiffe zu bewirken. Bis zum 31. Juli 1921 hat die Versöhnung aller im Bau befindlichen Kriegsschiffe zu erfolgen mit Ausnahme derjenigen, deren Umrüstung in Handelschiffe zugelassen ist.

Ferner ist sofort die vollständige Versöhnung aller U-Boote und U-Boot-Teile zu bewirken und sofort jeder Bau von U-Booten und U-Boot-Teilen einzustellen. Ohne neuen Bezug ist die Auslieferung und Versöhnung aller über die zulässige Menge hinausgehenden Kriegsmaterialien zu bewirken.

Der deutsche Regierung wird ferner eröffnet, daß die Interalliierte Marinakontrollkommission auch in Zukunft bestimmen wird, was Kriegsmaterial ist. Dieses Gerät muß ohne Vergabeung zur Versöhnung oder Kaufabmachung ausgeliefert werden.

Die von der deutschen Regierung zur Ausführung der Marinabestimmungen des Friedensvertrages erlassenen Gesetze sind in verschiedenen Fällen unzureichend. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, dem abzusehen.

Bestimmungen über Luftfahrt.

Die Nachforschungen nach verdecktem Luftschiff-Material sind von der Deutschen Regierung zu erledigen und alle Abfertigungen müssen vor dem 15. Mai 1921 beendet sein.

Deutschland muß die Ausführung der Entscheidung von Boulogne sicherstellen, wonach die Fabrikation und Einfuhr von Luftschiffmaterial erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden darf, an dem die Interalliierte Luftfahrt-Kommission anerkannt hat wird, daß der Artikel 202 vollständig ausgeführt ist.

Deutschland muß die für die Versöhnung von Bevölkerungen verlangte Entschädigung leisten. Die Einzelheiten dieser Entschädigung werden durch einen besonderen Vertrag bestimmt.

Deutschland muß vor dem 31. März 1921 25 Millionen Mark als Entschädigung für das unzulässigerweise ausgeführte Material zahlen.

Deutschland muß die Entscheidung der Botschafterkonferenz befolgen, wonach die Verwendung von Flugzeugen bei seinen Polizeiformationen untersagt wird.

Zum Schluss erinnern die Alliierten daran, daß sie zu wiederholten Maleen die Schwierigkeiten berücksichtigt haben, die sich der deutschen Regierung bei der Ausführung der ihr nach dem Vertrag obliegenden Verpflichtungen entgegenstellen. Mit der gegenwärtigen Note bewilligen sie ihr neue Fristen. Sie legen die sichere Erwartung, daß die deutsche Regierung die alliierten Mächte, die ihre seitherigen Entscheidungen bestätigen, nicht in die Notwendigkeit versetzen wird, die ernste Lage ins Auge zu fassen, die entstehen würde, wenn Deutschland weiter seine Verpflichtungen verletzte.

Die Entwaffnungsforderungen gehen nach Ansicht der zuständigen Stellen weit über den Friedensvertrag hinaus. Die Ablieferung und Versöhnung unseres Kriegsmaterials ist ziemlich weit vorgeschritten. Was noch vorhanden ist, sind Rückstände, aus denen eine Auswahl für die Reichswehr vorgenommen werden sollte.

Deutschland hatte bezüglich der ostpreußischen Schlesewahr darum nachgesucht, daß sein fester Termin für die Auslösung vorgesehen werde, bevor nicht der Krieg zwischen Polen und Russland völlig beendet sei. Der jetzt festgesetzte Termin bedeutet ein glattes Hinschieben über das deutsche Erbuchen. Die Festung Königsberg mit ihrer langen Landfront soll nur 22 Geschütze behalten, d. h. auf neun Kilometer ein kleines Geschütz. Das uns die Festungsgeräte weggenommen werden, ist eine willkürliche Bestimmung, die im Friedensvertrag feinerlei Unterlage hat.

Die vorhandenen Marine-Pläne und Karten sind abgelaufen. Der Umbau der Kriegsschiffe in Handelschiffe ist bis auf ein einzelnes in Anariss genommen.

ebenso die Versöhnung der U-Boote. Die geforderte Auslieferung der Armeestrukturen entspricht nicht dem Friedensvertrag. Das deutsche Unerbleiben, die Armeestrukturen auszuliefern, wenn sie auf das Reparationskonto angerechnet werden, ist undeutlich geblieben.

Deutschland hat im Kriege 48 000 Flugzeuge gebaut, 27 000 sind verschrottet worden. Eine ungeheure Menge von Flugzeugen ist beim Rückzug und später verloren gegangen. Andere große Mengen sind ausgeliefert worden. Obwohl nach dem Friedensvertrag der Neubau von Luftfahrzeugen nur drei Monate lang zu unterbleiben hat, verbietet die Entente auch weiterhin den Neubau.

42 Jahre Schuldenhaft.

Die Entschädigungsnote der Entente.

Gleichzeitig mit der militärischen Note haben die Alliierten bei deutschen Regierung die Pariser Vereinbarung zwischen den alliierten Mächten zur Regelung der deutschen Entschädigungsverpflichtungen übergeben. Während die Entwaffnungsforderungen als endgültige Entscheidung der Alliierten anzusehen sind, enthält die Entschädigungsnote lediglich die „Vorschläge“ der Alliierten, die allerdings einstimmig gefaßt sind und kaum noch den Charakter des Vorschlags tragen.

Im ersten Artikel werden die bekannten Jahreszahlungen (Annuitäten) festgesetzt, die Deutschland 42 Jahre hindurch bis zum 1. Mai 1963 als „Wiedergutmachung“ an die Alliierten leisten soll. Der Vertrag von Versailles spricht bekanntlich nur von dreißig Jahren, der von den Alliierten in Aussicht genommene Zeitraum widerspricht demnach den Bestimmungen des Friedensvertrages.

Die Raten sind zur Hälfte am Ende jeden Halbjahrs zahlbar, und zwar sind zu entrichten:

2 Raten von 2 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1921 bis 1. 5. 1923.
8 Raten von 3 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1923 bis 1. 5. 1926.
3 Raten von 4 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1926 bis 1. 5. 1929.
3 Raten von 5 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1929 bis 1. 5. 1932.
11 Raten von 6 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1932 bis 1. 5. 1963.

Zusammen also: 12 Raten von 226 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. 5. 1921 bis 1. 5. 1963.

Neben diesen Zahlungen steht der Artikel 1 der Vereinbarung noch die Leistung von 42 Annuitäten vor, welche vom 1. Mai 1921 zu laufen beginnen, 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr gleichkommen, von dem Ertrag dieser Ausfuhr vorweg erhoben werden und in Gold, zwei Monate nach Ablauf jeden Halbjahres, zahlbar sind.

Unverzügliche Aussetzung von Börsen.

Der 2. Artikel dieses Vorschlags verlangt unverzügliche Ausstellung von den auf den Inhaber laufenden Bonds (Gutscheinen) in Höhe der Halbjahrsbeträge. Die Reparationskommission kann denjenigen Mächten, die es wünschen, die Begebarkeit des ihnen zukommenden Teils sichern. Offenbar will man Frankreich und den kleinen Ententestaaten ermöglichen, die deutschen Bonds an Neutralen zu übertragen und auf diese Weise weitere Interessenten an der fristigen Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu binden.

Im dritten Artikel werden Deutschland, falls es seine Schuld im Vorauftaum zahlt will, gewisse Abzüge in Aussicht gestellt. Bei den geforderten Milliardenleistungen ist Vorauszahlung der fälligen Raten natürlich völlig ausgeschlossen.

Verbot auswärtiger Anleihen.

Im folgenden Artikel wird es Deutschland untersagt, irgend eine Kreditoperation außerhalb seines Gebietes ohne Zustimmung der Reparationskommission zu unternehmen. Auch die deutschen Länder, Provinzen, Städte und vom Staat überwachte Gesellschaften dürfen keinerlei auswärtige Anleihen ohne Erlaubnis der Entente aufnehmen. Augenscheinlich will man durch diese Bestimmung die amerikanischen Bestrebungen, den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens durch einen größeren Kredit zu erleichtern, von vornherein vereiteln.

Die Zollkontrolle.

Im letzten Artikel des Vorschlags erinnern die Alliierten zunächst daran, daß nach dem Friedensvertrag alle Güter und Einnahmequellen des Reiches und der Länder der Sicherstellung einer restlosen Durchführung der Ententeforderungen zu dienen haben. Im Anschluß daran bringen die Alliierten in Vorschlag, Deutschland soll den gesamten Ertrag der deutschen See- und Landzölle einschließlich des Ertrages aller Einfuhr- und Ausfuhrabgaben für die Durchführung der Pariser Vereinbarung verwendet werden. Keine Änderung in der Zollgesetzgebung oder in den Zollverwaltungsbestimmungen Deutschlands, die geeignet wäre, den Ertrag der Zölle zu vermindern, soll ohne Zustimmung der Reparationskommission vorgenommen werden dürfen. Die Gesamtheit der deutschen Zolleinnahmen soll für Rechnung der deutschen Regierung durch einen Generalzolleinnehmer für die deutsche Regierung mit Zustimmung der Reparationskommission ernannt werden wird.

Danach soll sich Deutschland des letzten Rechtes seiner Staatshoheit begeben und auf die Stufe der Tatkraft herabgedrückt werden. Der deutsche Generalzolleinnehmer hat lediglich nach dem Wunsche der Alliierten zu handeln, Deutschland selbst wird von seiner eigenen Zollgesetzgebung und -Verwaltung ausgeschlossen.

Schließlich werden noch die üblichen Strafmaßnahmen angedroht, die ergriffen werden sollen, falls Deutschland mit seinen Zahlungen im Rückstand bleiben sollte. Die Reparationskommission soll besugt sein, die Gesamtheit oder einen Teil des Ertrages der deutschen Zölle zu beschlagnahmen oder sogar die Verwaltung und die Bereinigung der Zölle selbst zu übernehmen. Endlich soll Deutschland unter Androhung der genannten Strafmaßnahmen aufgefordert werden, die Taktze zu erhöhen und zur Vermehrung ihrer Einnahmequellen andere von der Reparationskommission für unumgänglich erachtete Maßnahmen ...

Die zuständigen Stellen sehen in dem jetzt beschlossenen Reparationsplan eine Rückkehr zu den Abmachungen von Boulogne. Es ist einfach unmöglich, daß Deutschland die geforderte Zahlung leisten kann. In der Antwort der deutschen Regierung an die Entente wird darauf hingewiesen, daß unser Anspruch auf Erfüllung des Schadenersatzes gemäß Art. 238 nicht erfüllt ist und daß die sieigen Forderungen etwas ganz anderes sind als das, was wir im Friedensvertrag unterzeichnet haben. Man betrachtet daher die vorgelegten Forderungen lediglich als einen Vorschlag, zu dem Deutschland Stellung zu nehmen hat.

Die Pariser Beschlüsse.

Vertragswidrige Forderungen.

Die maßlosen Forderungen der Pariser Konferenz haben im ganzen deutschen Volke einen Sturm der Enttäuschung hervorgerufen. Jeder einzelne, der die Beschlüsse der Alliierten liest, ist der Auffassung, daß sich keine deutsche Regierung sensibel zur Anerkennung dieser „Vorschläge“ bereit finden lassen kann. Von den ältesten Rechten bis zu den Unabhängigen sind alle Parteien von ihrer Unersättlichkeit überzeugt. Auf der anderen Seite ist kaum zu erwarten, daß die Alliierten ihre Ansprüche auf ein für uns erträgliches Maß herabsetzen werden. Nicht mit Unrecht fragt man sich, ob es unter diesen Umständen überhaupt noch Zweck hat, der Einladung der Entente nach Vorsitz zu folgen und in eine Besprechung der Reparationsfrage auf der Grundlage der Ententeforderungen einzutreten?

Die Pariser Beschlüsse werden von den Alliierten als Vorschläge für die endgültige Regelung ihrer Entschädigungsansprüche bezeichnet. Damit haben sie anerkannt, daß Deutschland das Recht der Ablehnung hat. Verweigern wir aber die Annahme der Pariser Vereinbarungen, so wird die Reparationskommission wohl vor dem 1. Mai ihr Diktat fällen, wozu sie nach dem Vertrag bereit und verpflichtet ist. Dieses Diktat wird aber wesentlich anders aussehen müssen als die Pariser Vorschläge, die in vielen Punkten von allen klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages abweichen und vielfach völlig vertragswidrig sind.

In der Entschädigungsnote werden zum Beispiel Zahlungen von 42 Jahren festgesetzt, während der Friedensvertrag die Reparationskommission verpflichtet, die

Summe zu bestimmen, die Deutschland innerhalb dreier Jahren zu bezahlen hat. Ferner fordert der Vertrag die Fortsetzung der Gesamtentschädigung, die Ententeverschläge sprechen aber nur von Jahreszahlungen, ohne sich auf eine feste Summe festzulegen. Auch die proßprozentige Ausfuhrabgabe ist mit den Vertragsbestimmungen nicht zu vereinbaren, da aus den Ententeverschlägen gar nicht hervorgeht, ob sie auf die Gesamtsumme angerechnet werden soll. Auch wäre sie nur als Zwangsmaßnahme denkbar, wenn Deutschland mit seinen Zahlungen im Rückstand bliebe. Das Verbot auswärtiger Anleihen findet ebenfalls seine Stütze in dem Vertrag und stellt einen Eingriff in die deutsche Staatshoheit und in die inneren deutschen Angelegenheiten dar, der dem Geiste des Friedensvertrages widerspricht.

Die Vorschläge von Paris lassen sich also nicht ohne weiteres in ein Diktat verwandeln. Auf der anderen Seite kann kein Zweifel über die gänzliche Unersättlichkeit dieser Vorschläge bestehen. Es ist geradezu ein wahnsinniges Unterfangen, ein 60 Millionen-Volk auf nahezu ein halbes Jahrhundert hinaus einer finanziellen und wirtschaftlichen Verstülpung auszuliefern und ihm das Dasein als selbständige Nation zu rauben. Die deutsche Regierung wird zweifellos bei den bevorstehenden Verhandlungen in London die Entente nochmals von der Unmöglichkeit und der Vertragswidrigkeit der Pariser Vorschläge zu überzeugen müssen. Sollten ihre Bemühungen erfolglos bleiben, und das ist leider zu erwarten —, dann wird keins Gewalt sie zur Annahme der wahnsinnigen Ententeforderungen zwingen können. Die Alliierten müssen dann aber erst durch eigene Erfahrungen belehrt werden, daß ihr Standpunkt unfehlbar ist und daß nur im Geiste der Verständigung und der Freiheitlichkeit eine alle Beteiligten befriedigende Lösung der Entschädigungsfrage gefunden werden kann.

Eine schwere Entscheidung.

Berlin, 1. Februar.

Die Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien.

Sofort nach Abschluß der gestrigen Reichstagssitzung und im Laufe des heutigen Tages fanden im Schoße des Reichskabinetts und in den Reichstagsfraktionen wichtige Beratungen statt, in denen die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene neue Lage nach allen Richtungen durchgesprochen wurde. Das Reichskabinett hat bereits am Montag abend in späte Stunde seine Beratungen über die Note und ihre Auswirkungen für die innere und äußere Politik abgeschlossen.

Der heutige Vormittag war ausgestillt durch Verhandlungen der Parteiführer untereinander und durch vertragliche Besprechungen zwischen der Regierung und den Fraktionsführern. Reichsminister Dr. Simon unterrichtete die maßgebenden Parlamentarier über die Stellungnahme der Regierung. Kurze Zeit darauf traf der Ausschuß des Reichsrats zusammen, um den Vertretern der Länder Gelegenheit zu geben, sich gegen diese im besonderen interessierenden Teilen des Entschließungsnot zu äußern.

Erweiterung der Regierungsmehrheit?
Sofort nach Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse war der Versuch unternommen worden, ein parlamentarisches Einheitskabinett zu schaffen. Man wollte dadurch die Geschlossenheit des deutschen Volkes in dem Abdruck bringen und gleichzeitig eine einzige, tragfähige Regierungsmehrheit für die nächsten kritischen Wochen schaffen. Die Bemühungen blieben jedoch erfolglos. Bei aller Übereinstimmung in der sachlichen Beurteilung der Lage lehnen die Mehrheitssozialisten an innerpolitischen Gründen — wohl mit Rücksicht auf die Preußenwahlen — ein formelles Zusammensein mit den bürgerlichen Parteien wie auch den Eintritt in das Kabinett Schrenck ab. Mit den Deut-

nationalen soll wegen ihrer ehemaligen Beteiligung an einer neuen Regierungsbildung überhaupt noch nicht offiziell verhandelt worden sein.

Reichsminister Dr. Simons über die Entente note.

Um 4 Uhr nachmittags trat der Reichstag zur Entgegnung der Regierungserklärung über die Entente zusammen. Das Haus und die Tribünen sind überfüllt. In der Regierungskanzlei haben der Reichskanzler und das Reichstabinett vollzählig Platz genommen. Sofort nach Beginn der Sitzung erhob Reichsminister des Neuzugangs Dr. Simons das Wort. Der Minister gibt zunächst eine ausführliche Schilderung über den Gang der Verhandlungen, die zur Pariser Ministerkonferenz geführt haben, alsbann erörterte er kurz den Inhalt der Note und verbindet damit einige Worte der Kritik. Zum Schluss legte er die Annahme der Regierung ausführlich dar.

Die Beleidigungs- und Verleumdungsanglagen stehen unter den Bagatellen, mit denen die Gerichte beglichen werden, an erster Stelle, und wieweit größere wäre ihre Zahl noch, wenn es nicht in dem von der Strafprozeßordnung für Privatbeleidigungsanglagen vorgeschriebenen Sühneversuch optimals gelänge, einen Vergleich zu schließen, durch den die Klage abgewendet wird. Nachbarn ergänzen sich und lassen sich in Wortgeschenken, die meist über lächerlich geringfügige Dinge entbrennen, zu beleidigenden Ausdrücken hinziehen. Neben solche „im Affekt“ ausgestoßene Beleidigungen arbeitet das Gericht in der Regel milde, besonders wenn der Beleidigte seine Übereitung bedauert. Härter werden die Verleumder angefasst. Und von Härte wegen! Auch das Strafgesetzbuch unterscheidet zwischen der einfachen und verleumderischen Beleidigung (derjenigen wider besseres Wissen) und ahndet die letztere strenger. Für die Reform des Strafrechts ist noch eine weitere Verschärfung der Beleidigungsstrafen geplant. Man hält es für erforderlich, den guten Namen noch wirksamer zu schützen, und wer im Leben steht, wird zugeben müssen, daß ein wachsamer Schutz bisweilen angebracht wäre. Es ist nur leider in manchen Fällen nicht möglich, des Verleumders habhaft zu werden, und ist man es geworden, ihn zu überführen. Er weiß, was seiner wartet, und hüttet sich, aus dem Dunkel herzutreten. Die Achtung vor dem guten Namen des Nächsten läuft auch bei solchen Personen abseits noch zu wünschen übrig, die hinsichtlich ihres eigenen Namens von einer mimosenhaften Empfindlichkeit sind. „Ein hohes Kleinod ist der gute Name“, bedeutet uns Schiller, wohlgemerkt jeder gute Name, auch der fremde.

Politische Rundschau.

Berlin, den 2. Februar 1921.

Der deutsche Botschafter Dr. Mayer, der in persönlichen Angelegenheiten Ende vergangener Woche von Paris nach seiner Heimat gereist war, ist wieder auf seinem Posten eingetroffen.

Weihbischof Dr. Fr. Knecht ist in Freiburg im 82. Lebensjahr nach 26-jährigem bischöflichen Wirken gestorben.

Das Internationale Bergarbeiterkomitee hat beschlossen, den diesjährigen internationalen Bergarbeiterkongress am 8. August in Köln abzuhalten.

Wiederbeginn der Brüsseler Konferenz am 5. Februar. Die alliierten Sachverständigen werden

am nächsten Montag in Brüssel zusammenkommen. Sie haben vom Obersten Rat den Auftrag erhalten, ihren Bericht bis zum 20. Februar fertigzustellen, damit der Oberste Rat, der am 21. Februar wieder in Vonder zusammentritt, noch rechtzeitig Kenntnis davon nehmen kann, bevor die Zusammenkunft mit den deutschen Vertretern am 28. Februar stattfindet.

Achtung, Oberschlesier! Am 3. Februar, abends 6 Uhr, läuft die Frist für die Eintragung in die Stimmliste bei den „paritätischen Gemeindeausschüssen“ bis den Geburtsort des Abstimmenden ab. Wie die Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesiern mitteilen, hat die Interalliierte Kommission zu Oppeln zugestanden, daß alle Abstimmungsberechtigten, die bis zu diesem Termin den vorschristmäßigen Antrag nicht eingereicht haben, eine einfache Anmeldung (Brief oder Telegramm) an den paritätischen Gemeindeausschuss für den Geburtsort des Abstimmungsberechtigten einsenden und den vorschristmäßigen Antrag nachtreichen. Dieser muß dann bis spätestens den 10. Februar bei dem betreffenden paritätischen Ausschuß eingegangen sein.

79 Milliarden ungedeckte Ausgaben im Reichstatat. Im Reichsrat machte ein Regierungsvorsteher Kasifürührungen über den Haushalt des Reiches nach Einführung einer Reihe von Ergänzungsbeträgen. Es geht daraus hervor, daß die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1920 auf rund 79 Milliarden angewachsen ist. Wie die Reichsverwaltung eines solchen Geldbetrages Herr werden wolle, dafür fehlt jeder Anhalt, besonders angesichts der von uns verlangten jährlichen Zahlungen zur Ausführung des Friedensvertrages. Nach dem Ergänzungsbetrag hat sich die Gesamtsumme der jährlichen Leistungen zur Ausführung des Friedensvertrages schon auf 42,5 Milliarden Mark gesteigert. Allein die laufenden Kosten für die Interalliierte Rheinlandkommission, die bisher mit 20 Millionen schon sehr hoch ausgeworfen waren, haben sich um weitere 95 Millionen Mark erhöht, betrugen also jährlich die in ihrer Höhe kaum begreifliche Summe von 115 Millionen Mark. Das sind unerträgliche Lasten, ihre Befriedigung muß immer wieder aufs neue und eindringlichst gefordert werden. Auch unsere Vertragsgegner werden sich dieser Einsicht nicht verschließen können.

Die Verhaftung in Überbach. Im Auftrage des Generals Allen, Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, erschien bei dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete dessen Vertreter, Oberst Stone, und erklärte, daß der General sich hierdurch formell bei der deutschen Reichs- und der badischen Landesregierung entschuldigen wollte wegen der von zwei amerikanischen Kriminalbeamten verübten Verhaftung eines Deutscheramerikaners.

Den auf badischem Gebiet. Der General habe zu diesem Unternehmen, welches er sehr bedauerte, seinen Auftrag gegeben und dasselbe nicht gebilligt. Der Auftrag zu der Verhaftung des Bergdöll sei von seinem ersten Konsul nach Deutschland gekommen und einem noch unbekannten Probst Marshal in Koblenz gegeben worden, der geglaubt habe, daß Bergdöll in der französischen Zone des besetzten Gebietes sich aufhalte.

Die Demokratische Partei ist die Preußenwahl am 20. Februar weist als Spitzenkandidaten die bisherigen Abgeordneten Dominicus, Braun-Döhring, den Hauptgeschäftsführer der Demokratischen Partei Sassen und den Reichsminister a. D. Prof. Dr. Preuß auf. Außerdem erwähnt die Liste u. a. folgende Namen: Gustav Hartmann, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine, Wachhorst von Wente, Präsident des Deutschen Bauernbundes, Kommerzienrat Rautenkrauth, Erler, Hardt Vogt, Sekretär des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphendienst, Franz Oberamtmann Weiz, Stellvertreter des Lüneburg, Vorsitzende des hannoverschen Verbandes landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine, Eisenbahngreiner Hammert-Saarbrücken u. a. m.

Große Erregung in Bayern.

In Bayern haben die Pariser Dokumente große Erregung ausgelöst. Der „Boerner Kurier“, das führende Organ der bayerischen Volkspartei, spricht in einer ewigen Versklavung Deutschlands und von der aus dem absoluten Diktat hervorgehenden Vernichtung willen. Es sei ein offensichtlicher Hohn, wenn auf der einen Seite eine Regelung der wirtschaftlichen Bedenksachen Deutschlands erfolgt, durch die der Kommunismus geradezu künstlich geschwächt werde, auf der anderen Seite aber dem deutschen Volke zwangswise die Selbstschuleinrichtungen genommen werden sollen, ohne die der Sieg des Bolschewismus unausbleiblich sein werde.

Die „Münchner-Augsburger Abendzeitung“ weist in einer Ruffstellung nach, daß bei einer Annahme der Entschädigungsforderungen jeder Deutsche hinter mit 60 000 Mark Schulden auf die Welt kommt. Die Förderung der Entente ist nach heutigem Geldwert 6500 Milliarden, d. h. dreieinhalf Millionen Millionen Mark.

Ein bayerischer Protest gegen den Entente-Mahnstein.

Die Deutsche Demokratische Partei in Bayern hat eine Kundgebung gegen die Pariser Entente beschlossen, worin es am Schluß heißt: Mit edlem Sinn und Willen weist Deutschland eine solche Zumindest zurück, mag kommen, was da wolle. Möge der Reichstag einig und geschlossen, wie es im August 1914 war, unseren habsüchtigen Gegnern sagen, daß diese Lasten nie und nimmer getragen werden können. Möge die schwere Zeit das deutsche Volk stärker und die deutsche Regierung manhafter finden.

Ein englisches Urteil über die Pariser Beschlüsse.

Die Urteile der englischen Presse über die Vereinbarungen von Paris und die Haltung der deutschen Regierung gehen weit auseinander. Während der größte Teil der Presse die Vorschläge der Alliierten restlos billigt, äußern die angesehenen Blätter, wie der „Manchester Guardian“, die „Westminster Gazette“ und der „Star“ schwere Bedenken über die etwaigen Folgen. In dem „Manchester Guardian“ hat der bekannte Cambridger Professor Keynes ausgeführt, daß eine Erfüllung der Bedingungen nicht möglich ist, und kommt zu dem Schluß, daß daher die Pariser Vorschläge nicht ernst gemeint sein könnten. Er schreibt, es sei nicht ganz klar, wie sich diese neuen Vorschläge zu dem Friedensvertrag verhalten sollten. Unscheinbare haben sie den Vertrag auf und führen Elemente ein, die der Friedensvertrag nicht vorgesehen habe, und verlangen daher von Deutschland die Annahme eines neuen Vertrages. Keynes hält es für möglich, daß Lloyd George vielleicht hosse, die Londoner Konferenz werde ihm Gelegenheit geben, zu erreichen, was vernünftig ist.

Ein Verbrechen gegen die Zivilisation.

„Manchester Guardian“ schreibt: Wir können sehr dankbar sein, daß die vom Obersten Rat beschlossenen Reparationsbedingungen niemals durchgeführt werden können, da die Ausführung der Bedingungen ein Verbrechen gegen die Zivilisation bedeuten würde. Ein ziviliertes Land kann nicht gezwungen werden, in solchem Umfang und für eine solche Zeitdauer Tribut zu zahlen. Das Blatt legt ausführlich die Unmöglichkeit für Deutschland dar, der von ihm geforderten Reparation nachzukommen, und die verhängnisvollen Folgen für die Industrien der alliierten Länder, die eine Erfüllung der Bedingungen nach sich ziehen würde.

Reichshilfe für Münchener Aufruhrschaeden.

Das Reich hat an Stelle der angeforderten sechs Millionen Mark der Stadt München dreieinhalf Millionen für Münchener Aufruhrschaeden überwiesen, zur sofortigen Vorschüleistung an alle Aufruhrschaedigten.

Jubiläum der hessischen Landwirtschaftskammer. Zur Feier des 25-jährigen Bestehens der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle, der ältesten Landwirtschaftskammer Deutschlands, stand unter Beteiligung des früheren Landwirtschaftsministers Freiherrn v. Schorlemers ein Festakt statt. Den Festvortrag hielt Professor Dade (Berlin) über die Bedeutung der Landwirtschaft für die Zukunft im wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes. Er erklärte, daß wir in absehbarer Zeit nicht daran denken können, den eng geschnallten Armen zu lösen. Unsere Landwirtschaft versorgte uns in Deutschland vor dem Kriege zu vier Fünftel, heute nur noch mit einem Drittel dank falscher Produktionspolitik. Nur eine völlig veränderte politische Konstellation in der Welt könne Deutschland retten.

Rundschau im Auslande.

Lloyd George bedachtigt, im kommenden Frühjahr nach Palästina zu reisen, um die heiligen Stätten zu besuchen.

Österreich: Die Konferenz der Nachfolgestaaten.

Die seit langem geplante Konferenz der Staaten, die aus dem früheren Österreich hervorgegangen sind, ist für den 3. Februar nach Vorworte bei Triest einzuberufen. Frankreich wird auf dieser Konferenz wahrscheinlich durch

den Konteradmiral Gauvin vertreten werden, der der Donaudampfschiffkommission angehört und augenscheinlich französischer Delegierter bei der interalliierten Marinekonferenz in Berlin ist.

Österreich: Polenübergriffe in Wien.

Aus Wien meldet die „Schlesische Zeitung“, daß fünf über 800 Oberschlesiener bei der deutschen Gefandtschaft versammelt hatten, um geschlossen zur Abstimmung nach Oberschlesien zu fahren. Der polnische Agent Halsar sieht sich mit der Stenotypistin Braun in Verbindung, um die Massen der 800 Oberschlesiener an sich zu bringen. Die Stenotypistin Braun stellt die Alten und gesamten Katholiken und die Dokumente der Oberschlesiester in den Büros der deutschen Gefandtschaft und brachte sie nach dem polnischen Konsulat in Wien. Dort blieben sie verborgen, bis der Polizei und der Staatssekretär den polnischen Konsul drohende Strafen, die geholtenen Dokumente herauszugeben. Halsar und die Braun werden festivisch verfolgt.

Frankreich: Entdeckung eines bolschewistischen Geheimbundes.

Nach einer Meldung des Holländisch-Nieuwölbureau hat die französische Polizei eine vollständige Organisation der ausländischen Kommunisten in Frankreich aufgedeckt, die nicht nur politische Propaganda treibt, sondern auch falsche Pässe ausstellt. Die Hauptperson der Organisation, die fast ausschließlich aus polnischen und russischen Juden besteht, ist ein gewisser Halewski, der in einem der größten Hotels in Nizza verhaftet wurde. Er war es, der Clara Zetkin zu dem französischen Sozialistenkongress in Tours begleitete. Am Montag sandten den ganzen Tag über Verhaftungen statt. Eine große Menge Dokumente wurde bei den Haussuchungen gefunden, ebenso eine vollständige Gesamtliste der entdeckten Mitglieder entdeckt. Augenblicklich werden Untersuchungen bei einer Reihe von Banken angekündigt, um herauszufinden, wen das Geld der Organisation verborgen ist und woher es kommt. Nach einigen Pariser Blättern sollen bei den Haussuchungen auch Beweise dafür erbracht werden sein, daß Geld aus Russland nach Frankreich zu propagandistischen Zwecken geschickt wurde. Die Frau des verhafteten Dr. Halewski ist ebenfalls in Haft genommen worden. Auch in Bourdeaux sandten Haussuchungen bei kommunistischen Führern statt, u. a. bei neuem Spanien.

Vereinigte Staaten: Amerika gegen den Untergang.

„Times“ meldet aus Washington, daß fast allgemein die Ansicht vertreten wird, daß wesentliche Abänderungen in den von der Pariser Konferenz festgesetzten Entschädigungsbestimmungen fast unvermeidlich sind. In Amerika wird darauf hingewiesen, daß sowohl die Verhandlung der Entschädigungssummen auf die Zeit von 43 Jahren, wie auch die Erledigung eines 12-prozentigen Abzuges auf die deutsche Ausfuhr der Zustimmung Deutschlands bedarf. Eine Gruppe von Wirtschaftlern in den Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß die Entschädigungssumme niemals bezahlt werden wird, da die Alliierten schließlich einsehen werden, daß die Deutschland ihre eigenen Märkte ausleben müssen, um Deutschland die Bezahlung in Waren zu ermöglichen. Es wird sogar der Ansatz ausdrücklich gegeben, daß die Bezahlung in deutschen Waren in Frankreich eine solche Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde, daß die französischen Arbeiter einen höheren Schutzaufwand fordern werden, um Deutschland zu verhindern, seine Zahlungen fortzuführen.

Vollwirtschaftliches.

Die Wirkungen der Pariser Beschlüsse auf die deutsche Wirtschaft. Infolge der französischen Milliardenforderungen ist die deutsche Mark erheblich im Wert gesunken. Die ausländischen Zahlungsmittel sind gleichzeitig gesunken in die Höhe geschossen. Während der Dollar sich auf dem Preiszing an der Berliner Börse auf 56,94 Mark stellte, wurde er am Dienstag bereits mit 66,98 notiert. Die holländische 100-Guldennote stieg von 1939 auf 2247. Diese Entwicklung dürfte sich leider auch in den nächsten Tagen fortsetzen.

Berlin, 1. Februar. (Barenmarkt) Mais 100 Hamburg 140-141, Februar-März 135-136, Brot 18-20, Brotstroh 16-17, Maschinentreibstoff 15-16, Hühner 26-27, Wiesenheu 26-28, Feldheu 30-31, Fleisch 33-34, Widen 65-80, Butter 90-100, Butterbohnen 110, Butterribsen 120-140, kleine Butterbohnen 110-120, Butterribsen 110-115, Rundfleisch 7-8, 50, Möhren rot 15-18, gelb 18-14, Rütelkäppchen 8-9, 50, Steffentanzel 60-70, Krabbenfisch 50-60, volle, Butterknödel 125-130, Knödelinen 50-70, Erdäpfel 50-60, Kartoffeln 220 nom., Beinlinzen 280-290 nom. für 50 Kilo ab Verladestation.

Reichsgräfin Gisela.

Roman von C. Markt.

(2. Fortsetzung.)

„Mein Herr,“ sagte das junge Mädchen tief erschüttert — sie wohl hatte die süße Stimme so hold tröstend und seelenvoll gesungen — „Sie haben mir neulich selbst gesagt: Wer weiß, vielleicht litt seine Seele tausend Schmerzen! Sie haben damals jedenfalls traurigen Grund genug gehabt, eine Vertreterin der verhaschten Kaste — wenn auch wohl in jenem Augenblick die unfähigste — von sich zu kaufen.“

„Darf ich Ihnen den Grund mitteilen?“ fragte er aufmunternd.

Sie zeigte begeistert das Haupt, und beide traten in die dunkle Aula zurück. Und er erzählte ihr mit schmerzlich vibrierender Stimme die Leidensgeschichte seines erkrankten Bruders und schilderte den namenlosen Jammer, mit dem er an der Seite des schändlich Vertratenen durch das Schloß und seine Alleen geschritten war. Er zeigte dem lautlos schweigenden Mädchen den hoch in die dunklen Höfe hineinragenden Felsenvorsprung, auf dem einst das edelste Herz seines liebsten Kämpf durchgerungen hatte ... Die Nacht war sternklar geworden — die gemalten Umrisse der weißen nackten Felsenbrüste dämmerten durch das Dunkel, und hoch über ihr funkelten die Millionen Silberslitzen, mit denen die Nacht ihre Schleife bestreut ... Und er erzählte weiter, wie er flüchtig geworden, den bösen Nachdruck im Herzen, wie er aber auch in rasloses Tötigkeit Schläge um Schläge aufgespultet habe, um seinem vergötterten Bruder ein würdiges Denkmal setzen zu können — ein Denkmal, bestehend im Anlauf des vernachlässigten Hüttewerts und in der Schöpfung der Neuenfelder Kolonie, wie sie jetzt bestehen.

Und als der tief erregte Mann endlich schwiegen nahmen zwei welche, kleine Hände seine herunterhängende Rechte und hielten sie mit schüchternem Druck.

„Gräfin, Sie verabscheuen diese Hand nicht?“

"Nein — wie könnte ich?" stammelte sie mit halb gedrohter Stimme. "Trösten und beruhigen möchte ich Sie mit aller Überzeugungskraft, die einer menschlichen Stimme möglich ist."

Er hielt ihre Hand fest und zog das Mädchen stürmisch hinaus auf den Rasenplatz. Der Kerzenschein fiel hell auf ihr Gesicht und ließ die halbverhaltenen Tränen in den braunen Augen funkteln.

"Erinnern Sie sich der Worte, die Sie mir heute nachgerufen haben, als ich meinte, für immer von Ihnen zu gehen?" stieß er in namenloser Entzerrung hervor und preiste die schlanken, bebenden Hände an seine Brust.

Sie schwieg und strebte mit tiefgesenktem Kopf ihre Hände frei zu machen — sie wollte offenbar das vonflammende Flammen übergeossene Antlitz hinter Ihnen verbergen.

"Ich will mit Ihnen sterben, wenn es sein muß," flüsterte er ihr ins Ohr. — "War es nicht so? . . . Gisela, dieser Ruf galt dem Portugiesen mit dem hochtönenden Namen; der aber ist versunken in dem Augenblick, da sich seine Mission erfüllt hat" — seine Stimme war klangerlos, denn das Mädchen hatte jetzt, heftig den Kopf schüttelnd, in der Tat die Hände losgerungen. "Vor Ihnen steht der schlichte Deutsche, mit dem einfachen Namen, den er nie wieder ablegen wird —"

"Und zu ihm sage ich" — unterbrach sie ihn mit fester Stimme und holte die Augen voll unfähiger Liebe zu ihm empor — „nicht sterben will ich, Bertold Ehrehardt; aber leben, leben will ich für Sie! . . ."

Noch hielt der Mann an sich.

„Wissen Sie auch, was Sie da aussprechen, Gisela? . . . Nein, Sie können es unmöglich in seinem ganzen Umfang begreifen, denn Sie sind zu unerfahren in Welt und Leben! Ich will es Ihnen sagen. Sie geben mir mit diesen wenigen Worten das Recht, Sie einst in Wirklichkeit als mein ausschließlich Eigenes für Zeit und Ewigkeit in mein einsames Haus tragen zu dürfen. . . Ich weiß es, ich würde ein grausamer Egoist sein, ich würde von Ihnen verlangen, nur für mich zu leben; ich würde nicht eins dieser goldenen Haare von fremder Hand berühren lassen; ich würde jeden Ihrer Pulsschläge mit eifersüchtigem Auge bewachen . . . Und für alles, was Sie zu ertragen hätten, bliebe Ihnen sein anderer Erfolg, als daß Bewußtsein, einem einzigen Herzen das Paradies auf Erden zu erschließen, einem Manne —“

Dem einzigen Manne, den ich liebe", fiel sie ihm ins Wort. „Hören Sie nicht, wie ich dem Fürsten erkläre, daß mir mein Lebensweg bereits klar und bestimmt vorgezeichnet sei! Es ist der Weg, den ich einzige und allein an Ihrer starrten Hand gehen will. Schließen Sie mich ein in die Einsamkeit. Ich weiß nur ein Glück, das ich mir wünsche: Sie zu trösten und durch meine Liebe und Hingabe mit Ihrer traurigen Vergangenheit zu versöhnen. . . Nehmen Sie mich hin — ich bin Ihr Eigentum!"

Und er hatte sie bereits hingenommen. Er hielt sie mit dem rechten Arm umschlungen und drückte mit der zitternden linken Hand ihr Köpfchen an seine breite, gewaltige Brust, in leidenschaftlicher Glut, aber doch sanft und sacht, wie man ein zartes, gebrechliches Weibchen liebkost.

„Ich gehe mit Ihnen, wohin Sie wollen," flüsterte sie, während die heißen, zuckenden Lippen, die sie schon einmal auf der Hand gefühlt hatte, die leuchtende Mädchenstern berührten. „Ich gehe mit Ihnen auch dahin, wo Sie mit den Tigrern kämpfen —“

Ein nicht zu junges

Hausmädchen

wird zum 15. Februar bei hohem Lohn gesucht von
Frau Buchdruckereibesitzer Jehne sen.,
Gartenstraße.

Schirme

werden in eigener Werkstatt
ausgemäßt repariert und neu be-
zogen. Auswahl in Gräßen,
Süßen und Stoßen.

Carl Reichel
Schirmspezialgeschäft,
am Markt 21.

1 Buchthahn
(Goldwandhahn) preiswert zu
verkaufen.

**Futterkartoffeln und
Roh-tafelschalen**
kauf Weidner, Schlossermeister,
Ritterstraße 296.

**5. N. belgische
Arbeitspferde**
4—6 Jahre, 6 P. langschwanzige
Damen, 4—9 J. auch einzeln zu
verkaufen. Speditions-Geschäft
Dresden R. Böhmische Str. 24,
Telephon 22 750.

Eine prima hochtragende
Ralbe

(Emmentaler) steht zum Verkauf
Ritterguts-Verwaltung
Naundorf
bei Schmiedeberg.

Gesucht bald zu kaufen u.

Landhaus
m. gut. Gottwirtschaft ob. Ge-
schäft allein z. f. ob. z. nacht. gef.
Bett. Offeren mit Preis an
H. Stichter, Dresden,
Ostholz Str. 9.

M. G. V. Gintracht!

Singstunde Donnerstag abend
8 Uhr Reichskrone. Volljähriges
Erwachsen ist erwünscht.
Der Hello. Vorstand.

Sucht zum 15. Februar tägliches
Mädchen,
nicht unter 18 Jahren.
Ja bereit
Dippoldiswalde.

Gesucht für sofort einsches
Mädchen

für Haus und zum Bedienen der
Gäste. Müller, Hotel Post,
Schmiedeberg.

Sucht zum 15. Februar ein
zuverlässiges, kinderliebes
Mädchen

nicht unter 16 Jahren.
Else Stephan,
Freiberger Straße 209,
Friseurgeschäft.

Ein junger
Zugochse
sicht zu verkaufen
Großhöfe Nr. 2.

Feuerflocken
bedruckt schnell die
Buchdruckerei Carl Jehne
in Dippoldiswalde

"Nein, nein!" stammelte er. "Wie möchte ich meine weiße Blume, meine garte, schlanke Birke dem kleinen deutschen Wald entziehen? . . . Ach, Gisela, du bist unwiderrücklich mein!" rief er in ausbrechendem Jubel. „Und nun sollen auch nicht einmal deine kleinen Füße den Boden mehr berühren, denn ich für immer entfliehe!"

Montag 10 Uhr

Saubere Bissitenkarten liest Karl Jehne.

Geschäftliches.

— Zeugenmeinde und Verleihung zum Weineld bildeten die Delikte einer Verhandlung vor dem Dresdner Schwurgericht. Am 9. September vergangenen Jahres beobachteten Polizeiamte die Schmidtsche Wirtschaft im Fürstenau bei Zinnwald, da von dort aus angeblich Stark geschmuggelt wird. Tatsächlich kamen auch drei Schmuggler aus dem Grundstück. Der Obsthändler Günther aus Jägersdorf bei Teplice konnte festgestellt werden, die zwei anderen entlaufen. In drei erbeuteten Radkästen befanden sich 20 Kilogramm Tabak, 950 Zigarren, Zigaretten und 2000 Ansichtspostkarten. Die Schmuggelwaren wurden beschlagnahmt und Günther am 7. Oktober vom Amtsgericht Lauenstein zu 1 Monat Gefängnis und 3600 M. Geldstrafe verurteilt. Vor der Verhandlung soll der Sohn Günthers, der 20 Jahre alte, gleichfalls in Jägersdorf wohnhafte Arbeiter Julius Günther, den Wirtschaftsgesellen Otto Ams Hauswald aus Fürstenau und den 1902 zu Dresden-Cabitz gehörigen Kutscher Friedrich Max Grasemann veranlaßt haben, zugunsten des Vaters auszusagen. Auch der Wirtschaftsbesitzer Schmidt in Fürstenau, bei dem Grasemann in Stellung war, soll auf seinen Kutscher und weiter auf Hauswald eingewirkt haben, vor dem Amtsgericht zu Lauenstein auszusagen, daß an dem Abende nur der alte Günther, sonst niemand bei ihm gewesen sei. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht zu Lauenstein wurden auch falsche Eide geschworen, infolgedessen nach Schluß der Sitzung aber der Wirtschaftsbesitzer Schmidt aus Fürstenau, der junge Günther, sowie Grasemann und Hauswald festgenommen und die Untersuchung wegen Zeugenmeinde und Missbildung dagegen eröffnet. In der Untersuchungshaft machte Wirtschaftsbesitzer Schmidt seinem Leben freiwillig ein Ende. Vor den Geschworenen hatten sich jetzt Günther jun. wegen Verleihung zum Weineld und Hauswald und Grasemann wegen Zeugenmeinde zu verantworten, wobei ausführlich der Schmuggler- und Balzbetrieb an der böhmischen Grenze zur Erörterung kam. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde schließlich Günther jun. von der Anklage freigesprochen, die beiden anderen Angeklagten aber nach § 157 des Strafgesetzbuches, wonach die Strafe auf ein Viertel herabgemindert werden kann, zu je 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Beide Verurteilte haben unter einem gewissen Druck gestanden, deshalb wurde der § 157 genehmigt.

— Die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen betrug am 1. Januar 1921 73 424 männliche und 23 148 weibliche Personen, zusammen 96 572 Unterhaltungsempfänger. Dazu kommen noch an zeitweilige Arbeitlosen 27 845. Außerdem treten noch hinz 110 602 Zulagsempfänger (Familienangehörige). Die Gesamtsumme der ausgezahlten Unter-

haltungen im Dezember in Sachsen betrug 31 1/2 Millionen Mark.

Kleinleditz. Bei der Gemeinderatswahl entfielen auf die bürgerliche und auf die sozialdemokratische Liste je 4 Stimmen.

Gretberg. Von der 2. Strafkammer des hierigen Landgerichts wurde die Haustochter Pauline Emma Wehr in Lauenstein wegen versuchter Abtreibung zu 1 Woche Gefängnis, die Gasthofbesitzerin Marilda Wehr geboren. Fröhlich dagegen wegen Belohnung zur verüchten Abtreibung zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Neustadt. Interessante Schlaglichter auf die Tenuerungsverhältnisse unserer Tage und auf den gesunkenen Geldwert zeigt ein vergleichender Blick auf die Kostenanschläge zum 9. Sängertag des Elbgauländerbundes, das 1892 in unseren Mauern stattfand und auf jene anderen, die sich in Verleihung des diesjährigen Sängertages nötig machen. Damals veranlagte man für den Bau einer Festhalle 1100 Mark; heuer hatte eine Frankfurter Firma die Liebenschwadigkeit, für lebhafte Ueberlassung eines Festzeltes ohne Bahntarifpostkosten und ohne Anrechnung der Unterhaltungsspesen für zwei Monate, die mit der Errichtung des Zeltes der Firma bezahlt werden sollten, mehr als 50 000 M. zu verlangen. Damals bedurfte es einer städtischen Beihilfe von nur 300 M., für das diesjährige Sängertag hat die Stadt Neustadt sich vorerst mit der Bewilligung eines Beitrages von 5000 M. begnügen dürfen. Für Deden, Blaubeuren, Bau von Schäßläden in den Massenquartieren, Bedienung in Turnhalle und Schule wurden 1892 insgesamt 750 M. im Voranschlag benötigt. In diesem Jahr dürften die dazu erforderlichen Summen bei aller Einschränkung und bestem Willen zur Sparanstalt eine unheimliche Verdopplung erfahren.

Letzte Nachrichten.

Brland wird beglückwünscht.

Paris, 2. Februar. (Haarau.) Im Ministerrat wurde Brland von seinen Amtsgenossen zu den Ergebnissen der Pariser Konferenz beglückwünscht.

Über 3 Billionen.

Basel, 31. Jan. Die "Basler Nachrichten" schreiben: Das Ergebnis der Pariser Konferenz ist sehr traurig. Die Zeitung rechnet aus, daß die 42 Jahreszahlungen im Geländefonds von 226 Milliarden Goldmark heute 282 Milliarden Franken oder 3 164 000 000 000, d. h. mehr als 3 Billionen Papiermark betrage. Um dies zu bezahlen, müßten je 20 Deutsche vom Säugling bis zum Greis während der kommenden 42 Jahre eine Million Papiermark aufzubringen.

Amerika verurteilt die Beschlüsse von Paris.

Paris, 1. Febr. Der amerikanische Finanzberater Baruch, der mit der amerikanischen Friedensdelegation in Paris war, erklärte, daß die Ausfuhrzölle von 12 v. H. nicht bewilligt werden können, weil sie die Entwicklung Deutschlands hindern müsse.

New York, 1. Febr. Selbst ententefreudliche Blätter verurteilen die Pariser Bezeichnung der Entschädigung. Die "New York World" fragt, ob denn die europäische Staatsfähigkeit tot sei. Die "New York Times" nennt die Exportsteuer verübt.

Stern-Lichtspiele.

Heute 1/2 9 Uhr
auf vielheitigen Wunsch
Wiederholung
des großen Riesenerfolges halber.

Die Eisenbahn-Räuber

Große Wild-West-Sensation in 5 Akten.
Umfrüglichen Zuhörer bitten
Fedor Fischer.

Auktion.

Sonntag den 5. Februar 1921

von vormittags 10 Uhr
gelangt der Nachlaß der verstorbenen Frau
Kommrich und Frau Lempenau
im Restaurant zur "Reichskrone"
in Dippoldiswalde

Kleider, Ände, Blumen, Regenmantel, Plüschtüchlein, schwarzes und graues Sommerjackett, Winterjackett, Schürzen, Decken, Blümchen, Servietten, Brauenhemden, Blusen, Untertaillen, Strümpfe, Gastlichkeit, Herren- und Frauenhüte, Nagelläder, Kosser, Stoße für Kleider und Blumen, Neue Reisekäse, Gardinen, Netzstöcke, Utensilien, Sammelübergründen, Portieren, Steinzeug-Schweinetrotte, Pfeffelsoh, Gewürzmühle, Knochenmühle, Entknochmaschine, Handdruckfeuerzeuge, Pferdedekken, dreilärmige Kronen für elektr. Licht, Gaslatrone, Petroleumofen und verschiedene andere

öffentliche Meisthleiter gegen Vorauszahlung zur Versteigerung.

Dippoldiswalde, am 2. Februar 1921.

Für die aus Anlass ihrer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen allen herzlichen Dank

Ruppendorf und Reichstädt,
30. Januar 1920.

Emil Bormann
und Frau Else, geb. Knackfuss
nebst Eltern.

I. Begräbnisgesellschaft zu Dippoldiswalde u. Umg.

In der getätigten Jahressammlung wurden Herr Schuhmachermeister Hugo Jädel hier als Rechnungsführer und Herr Malermeyer Emil Götzting hier als Kellvertreter, Schriftführer auf die Jahre 1921 bis mit 1923, sowie Herr Schreiber Max Heine hier als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses auf die Jahre 1921 und 1922 wiedergewählt. Auf Grund von § 17 der Satzungen wird dies hierdurch bekannt gegeben.

Dippoldiswalde, am 1. Februar 1921.

Der Vorstand.

Rundfriüben

verkauft
Rittergut Kaitz bei Dresden.

Tel. 9 mit Dresden 20784.

bietet 80% Ersparnis an Holymaterial,
4-5 Preise genügen den ganzen Tag zum Kochen, Braten und
Boden. Heizt Ihnen den Raum dabei behaglich warm. Es kostet
mehrere Töpfe zugleich. An jedem Ofen und Herd anzubringen.

Datum Hausfrauen, schafft euch einen Sparherd "Hausfreund" an
Anzukaufen und zu bezahlen durch

Arthur Heine, Töpfermeister,
Dippoldiswalde, Markt 21.

D. R. G. M. 51084.

„Sparherd „Hausfreund“

„Sparherd „